

Währungsfonds gewährt Rußland Milliardenkredit

Höhe der Summe noch nicht bekannt / Politiker führen Entscheidung auf Position im Kosovo-Konflikt zurück

fh MOSKAU. Rußland erhält wieder neue Finanzhilfen vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese Zusage bekam der russische Ministerpräsident Jewgenij Primakow eigenen Angaben zufolge von IWF-Chef Michel Camdessus. Über die Höhe der gewährten Summe wurde zunächst nichts bekannt. Russische Politiker hatten die Zusage bereits seit Sonntag abend erwartet, als Camdessus, der tags zuvor nach Moskau kam, die Hoffnungen mit der Aussage genährt hatte, "gute Nachrichten für Rußland" mitgebracht zu haben.

Die Zusage hat Rußland auch bitter nötig, wenn es seinen Haushalt finanzieren und wenigstens einen Teil der in diesem Jahr fälligen Auslandsschulden in Höhe von 17,5 Milliarden Dollar begleichen will. Allein dem IWF muß Moskau bis Dezember 4,6 Milliarden Dollar zurückzahlen. Dabei hat die russische Regierung immer noch kein überzeugendes Wirtschaftsprogramm vorgelegt. Bislang hatte der IWF die Auszahlung einer weiteren Rate an eine Reform geknüpft. Nach wie vor sind die Staatseinnahmen zu niedrig - statt monatlich notwendiger 43 Milliarden waren es im März nur 34 Milliarden Rubel (2,6 Milliarden Mark). Eine noch höhere Summe geht monatlich durch Kapitalflucht verloren.

Obwohl der amerikanische Finanzminister Robert Rubin, sein russischer Kollege Michail Sadornow und Camdessus selbst beteuerten, der Besuch habe nichts mit dem Kosovo-Konflikt zu tun, glaubt das in Moskau niemand. Camdessus kam am Samstag aus Washington nach Moskau, nachdem Primakow einen Amerika-Besuch wegen der bevorstehenden Nato-Angriffe auf Jugoslawien abgesagt hatte. Der frühere Vize-Premier Alexander Schochin ist der Meinung, daß "Rußlands harte Position hinsichtlich des Kosovo-Problems" für die Entscheidung des IWF mit ausschlaggebend war. Kommunistenchef Gennadi Sjuganow hatte Camdessus zuvor beinahe erpreßt: "Entweder Sie treffen diese Entscheidung (über einen neuen Kredit, d. Red.), oder wir müssen prinzipielle Maßnahmen ergreifen, um die Situation im Land insgesamt zu ändern", sagte Sjuganow nach eigenen Angaben. "Wenn Ihnen die Position der Regierung und der Duma nicht paßt, müssen Sie damit rechnen, daß die nächste Regierung aus Militärs oder Kriminellen besteht." Vize-Premier Masljudow hatte unmittelbar vor der Entscheidung des IWF noch erklärt, es gebe nur noch "millimetergroße Meinungsverschiedenheiten, die wir heute oder morgen zu überwinden hoffen". Kommunistenchef Sjuganow sagte, der IWF werde Rußland eine Kreditrate von vier bis fünf Milliarden Dollar zur Verfügung stellen. Ex-Premier Tschernomyrdin meinte dagegen, der Währungsfonds werde Rußland sogar acht Milliarden Dollar geben, die bereits fest im Haushalt eingeplant seien. "Für den IWF ist das eine winzige Summe." Das wollte Camdessus zwar weder dementieren noch bestätigen, sprach aber von "außerordentlich interessanten und ertragreichen Verhandlungen". *Siehe Kommentar*

[dokument info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 1999
Erscheinungsdatum 30.03.1999

Kommentar

Beruhigungsspiele

Auch wenn Bomben auf Belgrad fallen und Rußland wieder wie im Kalten Krieg gegen den Westen wettet - sein Geld möchte Moskau trotzdem. Und nach dem Besuch von Michel Camdessus, Chef des Internationalen Währungsfonds, ist es wohl sicher, daß Moskau die Milliarden bekommt. Ganz gleich, was amerikanische oder russische Regierungsmitglieder öffentlich beteuern: Die Geldspritze des IWF ist eine Beruhigungsspiel des Westens für die durch die Nato-Angriffe auf Jugoslawien aufgebrauchten Russen.

Sie spielen das Spiel der politischen Erpressung zu wirtschaftlichen Zielen recht geschickt.

Finanzminister Michail Sadornow hatte in einem *FR*-Interview schon vor einigen Wochen den Sturz der Regierung an die Wand gemalt, wenn der IWF das Geld verweigere. Jetzt stieß selbst

Kommunistenführer Gennadi Sjuganow ins gleiche Horn. In der an Doppelzüngigkeit und Heuchelei nicht armen russischen Politik nimmt Sjuganow einen Spitzenplatz ein: Noch vor wenigen Tagen schimpfte er den Währungsfonds Feind Rußlands - jetzt fordert er dessen Geld.

Sjuganows Parteikollege, der für Wirtschaft und die IWF-Verhandlungen zuständige Vize-Premier Masljukow, hat in einem halben Jahr noch keine überzeugende Idee für eine Reform vorgelegt. Der IWF betont gern, Rußland müsse seine Einnahmen bedeutend erhöhen. Doch wie dies geschehen soll, steht immer noch in den Sternen. Wenige Tage vor Camdessus' Eintreffen senkte das von den Kommunisten dominierte russische Parlament gar die Mehrwertsteuer: die einzige Abgabe, die Rußlands Finanzbeamte leicht einziehen können und die einen Großteil der Einkünfte ausmacht.

Statt mit ausgereiften Konzepten gibt sich der IWF politischer Rücksichten wegen mit unrealistischen Versprechen zufrieden. Rußlands Wirtschaft hat das schon in den vergangenen Jahren eher geschadet als genützt. Frisches Geld für Moskau ist die falsche Entscheidung. Daran hat sich auch nach den Nato-Angriffen nichts geändert. fh

[dokument info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 1999

Erscheinungsdatum 30.03.1999